



Die Junge ÖVP.

DEMOKRATIE.NEU

Bürgerbeteiligung	4
Parlamentarische Bürgeranfrage.....	4
Politik & Gesellschaft.....	4
Steuergeldwidmung.....	5
Direkte Demokratie.....	6
Bürgersonntage.....	7
Europäische Bürgerinitiative (EBI)	7
Wahlrecht & Politisches System	8
Regierungshearing	8
Aufwertung der Vorzugsstimmen.....	9
100 Direktmandate im Nationalrat.....	9
Aufwertung parlamentarischer Arbeit	10
Abschaffung des Proporz	11
Bundesrat.....	12
Direktwahl EU-Kommissionspräsident & Ratspräsident.....	12
Nutzung von neuen Technologien	13
E-Government.....	13
Open Politics.....	14
Bürgerbeteiligung über das Internet.....	15

>>Demokratie.Neu<<

Mehr Demokratie für Österreich

Die Lage der Demokratie in Österreich ist alles andere als erfreulich: Politikverdrossenheit, eine stetig sinkende Wahlbeteiligung und wachsende Kluft zwischen Politik und Bevölkerung. Dieser Entwicklung wird seitens der Politik kaum mit Veränderungswillen begegnet, es scheint, als habe man sich schlicht damit abgefunden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass viele Menschen die Motivation verlieren, sich politisch zu engagieren oder auch einfach nur wählen zu gehen, denn ihre Stimme würde ja sowieso nicht gehört werden.

Wir Jungen finden, dass es so nicht weitergehen kann. Wir wollen einen Perspektivenwechsel hin zu den Wählerinnen und Wählern. Sie - und damit wir alle - müssen wieder ins Zentrum der Politik rücken. Daher brauchen wir eine Demokratie.Neu!

Die Junge ÖVP hat ein Konzept entwickelt, mit dem man die Wählerinnen und Wähler wieder in den Mittelpunkt der politischen Entscheidungen stellt. Manche der vorgeschlagenen Maßnahmen kann man sofort umsetzen. Andere Ideen sind visionär oder brauchen eine gewisse Vorbereitungszeit und haben daher eine mittel- und langfristige Perspektive. Einige Vorschläge bauen aufeinander auf oder ersetzen einander. Eines haben aber alle Vorschläge gemeinsam: Sie sind sinnvoll und notwendig, heute mehr denn je.

Bürgerbeteiligung

Parlamentarische Bürgeranfrage

Oft geschehen politische Prozesse und Entscheidungen intransparent und fernab der Bevölkerung. Mithilfe einer Parlamentarischen Anfrage ist es derzeit für Oppositionsparteien möglich, ihre **Kontroll- und Informationsrechte gegenüber der Regierung** geltend zu machen. In Zukunft soll auch eine **Anfrage der Bevölkerung** bei Unterstützung von **10.000 Personen** wie eine Parlamentarische Anfrage zu behandeln und zu beantworten sein. Eine solche Anfrage soll auch auf elektronischem Weg gestellt und unterstützt werden können. Die Beantwortung muss sowohl in Form einer schriftlichen Zustellung an den Sprecher der Anfrage sowie als öffentliche Erklärung auf der Parlamentshomepage erfolgen. Damit werden einerseits die Kontrollrechte der Bevölkerung gegenüber den Regierenden ausgebaut und gestärkt, andererseits kann so auch die Politik für die Bürgerinnen und Bürger verständlicher gemacht werden.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Schaffung der Parlamentarischen Bürgeranfrage

Politik & Gesellschaft

Mit der Wahlaltersenkung auf 16 Jahre ist nun auch der Bedarf für ein **eigenständiges Schulfach "Politische Bildung & Staatskunde"** und einer Sensibilisierung auf die Themenbereiche Politik und Medien gegeben. Damit muss bereits frühestmöglich, idealerweise in der Primarstufe begonnen werden. Spätestens ab der **5. Schulstufe** soll es dieses Fach für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend in Form von **interdisziplinärem Unterricht** geben, der nicht nur Faktenwissen über den Aufbau unseres Staates sowie Werte der Demokratie und des Rechtsstaates vermittelt, sondern junge Menschen zu **urteilsfähigen Teilnehmerinnen und Teilnehmern am politischen Prozess** ausbildet. Dabei soll es eine **eigene Fachausbildung** für die Lehrkräfte geben, beispielsweise in Form eines Lehramtsstudiums.

Durch Exkursionen, tagespolitische Themensetzung aber auch Hintergrundinformationen soll es gelingen, dass bereits früh eine **Sensibilisierung auf die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten** erfolgt.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Eigenständiges Schulfach "Politische Bildung & Staatskunde" mit interdisziplinärem Unterricht spätestens ab der 5. Schulstufe
- Eigene Fachausbildung für Lehrkräfte

Steuergeldwidmung

Mit der Einrichtung eines umfassenden Transferkontos könnte erstmals Transparenz in die Vergabe öffentlicher Gelder gebracht werden. In weiterer Folge sollen die Bürgerinnen und Bürger auch über die **Widmung von 10% ihrer Steuerleistung** entscheiden können. Damit würde aus dem Budget ein **Bürgerbudget** werden, bei dem in einem klar definierten Rahmen eine persönliche Gewichtung der von der öffentlichen Hand finanzierten Bereiche möglich wird. In einem ersten Schritt müssten die Bürgerinnen und Bürger informiert werden, wohin ihre Lohn- und Einkommenssteuerbeiträge geflossen sind, z.B. in Bildung, Kinderbetreuung, Infrastruktur, Pensionen etc. In einem zweiten Schritt sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Steuer einem bestimmten Bereich zu widmen. In Form des "**Bürgerhaushaltes**" ist die Idee der Bürgerbeteiligung bei Budgetfragen bereits in einigen Gemeinden und Städten in mehreren europäischen Ländern umgesetzt. Ein erfolgreiches Beispiel der Steuergeldwidmung auf Bundesebene existiert bereits in Italien, wo die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden können, wohin das aus der "Kultursteuer" gewonnene Geld fließt.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Möglichkeit einer Steuergeldwidmung und Einführung eines Bürgerbudgets

Direkte Demokratie

Derzeit sind Volksbegehren in Österreich leider nur ein ineffektives Instrument der Mitbestimmung, da diese meistens ohne Wirkung bleiben. Auch Volksabstimmungen haben bisher nur zwei Mal stattgefunden. Daher schlagen wir **mehrere Maßnahmen** vor, **um die direktdemokratische Mitbestimmung in Österreich auszubauen**.

Das **Volksbegehren** soll daher aufgewertet und zu einem effektiven Instrument der demokratischen Partizipation ausgebaut werden. Zukünftig sollen bereits 10.000 Unterschriften für eine parlamentarische Behandlung ausreichen. Wird ein Volksbegehren von mehr als 100.000 Wahlberechtigten unterstützt, so ist es auch weiterhin im Nationalrat zu behandeln – in Zukunft jedoch verpflichtend in Form einer Sondersitzung.

Wenn ein Volksbegehren von mehr als 10% der Wahlberechtigten unterschrieben wurde, soll automatisch eine **Volksabstimmung** eingeleitet werden. Die Volksabstimmung muss über eine konkrete Gesetzesinitiative durchgeführt werden, die im Sinne der Antragssteller ist. Die Volksabstimmung ist als verbindlich anzusehen, wenn über die Hälfte aller Wahlberechtigten an der Abstimmung teilgenommen hat und mehrheitlich angenommen wurde. Bei Streitfällen (Widerspruch zu Menschenrechten oder Primärrecht der EU, völkerrechtlichen Verpflichtungen etc.) hat der Verfassungsgerichtshof zu entscheiden.

Auch auf **Landes- und Gemeindeebene** soll die direktdemokratische Mitbestimmung ausgebaut werden und zumindest die für die Bundesebene vorgeschlagenen Instrumente eingeführt werden, sofern sie noch nicht bestehen. Dies soll auch den Anliegen der Menschen vor Ort ein höheres Gewicht zu verleihen.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Ausbau der Direkten Demokratie durch Aufwertung der Volksbegehren
- Verpflichtende Einleitung einer Volksabstimmung nach erfolgreichem Volksbegehren
- Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten auf Landes- und Gemeindeebene

Bürgersonntage

Nach Schweizer Vorbild sollen auch in Österreich **zwei festgesetzte Abstimmungstage pro Jahr** bestimmt werden (sog. „Bürgersonntage“), an denen **alle in diese Jahreshälfte fallenden Wahlen oder Volksabstimmungen** durchgeführt werden sollen. Auch die **Eintragungsfrist von Volksbegehren** soll in der Woche vor dem Abstimmungstag beginnen und an diesen Bürgersonntagen enden. Durch einen gemeinsamen Termin würden die einzelnen Abstimmungen eine **höhere Aufmerksamkeit** bekommen und die **Teilnahme erhöht** werden. Nach entsprechender Etablierung dieser Abstimmungstage und der direkten Demokratie an sich soll die Zahl auf 4 Bürgersonntage pro Jahr ausgeweitet werden.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Die Einführung von „Bürgersonntagen“ für demokratische Mitbestimmung auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene.

Europäische Bürgerinitiative (EBI)

Mit der Ratifizierung der Europäischen Bürgerinitiative durch den Nationalrat wurde ein erster Schritt in Richtung der **Demokratisierung der Europäischen Union** gesetzt. In Zukunft wird es neben dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Rat auch den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern selbst möglich sein, einen **Gesetzesvorschlag an die EU-Kommission heranzutragen**. Hierfür ist die Sammlung von mindestens **einer Million Unterschriften in mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedsländer** für ein bestimmtes Anliegen notwendig.

Da diese Initiative jedoch nicht bindend ist sondern nur eine **Empfehlung** darstellt, ist sie als effektive Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung auf europäischer Ebene in der aktuellen Form noch **ausbaufähig**. Daher soll die bisherige Regelung derart abgeändert werden, dass ein Gesetz bei entsprechender Unterstützerzahl von den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern direkt im Europäischen Parlament eingebracht werden kann.

Parallel dazu muss auch der Prozess der **Aufwertung des Europäischen Parlaments** als Plenum der Anliegen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger fortgesetzt und die Kompetenzen des Europäischen Parlaments speziell im Bereich der Gesetzgebung erweitert werden.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Ausbau der Europäischen Bürgerinitiative zu einer effektiven Gesetzesinitiative

Wahlrecht & Politisches System

Regierungshearing

Um Mitglied der Bundesregierung zu werden, muss eine Person derzeit vom Bundeskanzler vorgeschlagen und in weiterer Folge vom Bundespräsidenten bestätigt und angelobt werden. In ihrer Arbeit ist die **Regierung von einer Koalitionsmehrheit im Nationalrat abhängig**, die in der Regel alle von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzesinitiativen allein beschließt. Dennoch hat der Nationalrat keine Möglichkeit, bei der **Auswahl der Regierungsmitglieder mitzureden**. Anders als etwa in der Schweiz oder im **Europäischen Parlament**, wo die **Abgeordneten den vorgeschlagenen Kommissionsmitgliedern zustimmen müssen** und diese damit doppelt legitimieren. Eine vergleichbare Bestätigung der Regierungsmitglieder durch den Nationalrat würde auch der Bundesregierung einen höheren Rückhalt und damit auch ein höheres politisches Gewicht verleihen. Gleichzeitig wird so auch das Parlament durch eine Erweiterung seiner Kompetenzen aufgewertet.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Regierungshearing im Nationalrat

Aufwertung der Vorzugsstimmen

Um eine **höhere Motivation** für einen Vorzugsstimmenwahlkampf und **mehr persönlichen Einsatz der Kandidaten** zu erreichen, haben sich Kandidatinnen und Kandidaten der ÖVP bei Wahlen in Niederösterreich, in Graz und in Innsbruck freiwillig darauf geeinigt, die zu vergebenden **Mandate nach der Reihung der erzielten Vorzugsstimmen** zu verteilen. Damit bekommt die Vorzugsstimme der Wählerinnen und Wähler bedeutend mehr Gewicht, darüber hinaus führt es auch zu verstärkter politischer Partizipation. Dieses Modell hat sich als erfolgreich und fair erwiesen und soll daher **parteiintern verpflichtend eingeführt** werden.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Parteiinterne Mandatsvergabe nach der Reihung der erzielten Vorzugsstimmen

100 Direktmandate im Nationalrat

Die Entscheidungen über>Listenerstellungen geschehen oft fernab der Öffentlichkeit und die Wählerinnen und **Wähler haben praktisch keinen Einfluss auf die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten**. Daraus resultiert nicht nur eine sinkende Wahlbeteiligung, sondern auch eine demokratieschädliche Politik- und Politikerverdrossenheit überhaupt.

Dieser Entwicklung muss mit einer **stärkeren Personalisierung des Wahlrechts** begegnet werden. Von all den bestehenden Wahlrechtsreformmodellen erscheint ein vom Grazer Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler Klaus Poier entwickeltes Modell als **realistischster Vorschlag**, der innerhalb der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundsätze des österreichischen Wahlrechts umsetzbar ist.

Seit der Nationalratswahlordnung von 1992 ist Österreich in 43 Regionalwahlkreise gegliedert, die sich bisher bewährt haben. In diesen Regionalwahlkreisen sollen **in Zukunft 100 Mandate direkt von den Wählerinnen und Wählern gewählt** werden können. Auf dem Wahlzettel sind dabei aber **nicht mehr Parteien, sondern nur mehr Personen anzukreuzen**. Die im Regionalwahlkreis zu vergebenden Mandate werden nun verhältnismäßig nach der Anzahl der Stimmen, die alle Kandidatinnen und Kandidaten einer Partei zusammen bekommen haben, auf die Parteien aufgeteilt. **Innerhalb einer Parteiliste werden die Kandidatinnen und Kandidaten nur nach der Anzahl der Stimmen gereiht**.

Je nach Stimmverhältnis und Anzahl der zu vergebenden Mandate ziehen die Kandidatinnen und Kandidaten mit den meisten Stimmen als direkt gewählte Abgeordnete in den Nationalrat ein. Auch die **Kandidatur von parteiunabhängigen Einzelpersonen in einem Wahlkreis** ist möglich, sofern sie von einer gewissen Zahl von Unterstützungserklärungen unterstützt werden.

Die übrigen 83, nach der Reduktion 65, Mandate werden wie bisher über die **Landes- und Bundeslisten** nach dem Gesamtwahlergebnis vergeben.

Die Vorteile dieses Vorschlages liegen auf der Hand. Für dessen Umsetzung ist keine langwierige und politisch umstrittene Neuaufteilung der Wahlkreise notwendig und ist mit derzeitigen verfassungsrechtlich verankerten Wahlgrundsätzen vereinbar. Eine rasche Umsetzung bereits für die nächste Nationalratswahl ist somit möglich. Mit diesem Wahlrecht schafft man **eine stärkere direkte Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern**, wodurch die Bürgerinnen und Bürger auch mehr Einfluss auf ihre Vertreterinnen und Vertreter nehmen können. Generell würden damit auch die Legitimation und die Effizienz des politischen Systems steigen.

Langfristig kann man aufbauend auf der Einführung von 100 Direktabgeordneten auch über eine Gesamtreform des Wahlrechtes in Richtung eines minderheitenfreundlichen Mehrheitswahlrechts diskutieren.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Umsetzung eines personalisierten Verhältniswahlrechts mit 100 direkt gewählten Abgeordneten nach dem Vorbild des Poier-Modells

Aufwertung parlamentarischer Arbeit

Zentraler Bestandteil einer Demokratiereform muss die **Stärkung und Aufwertung der parlamentarischen Arbeit** gegenüber der Regierung sein. Dafür ist eine **bestmögliche inhaltliche und organisatorische Unterstützung** für die Abgeordneten die Grundvoraussetzung.

Daher soll ähnlich dem deutschen Vorbild auch im österreichischen Parlament ein **unabhängiger Legislativdienst** geschaffen werden, der den Abgeordneten in juristischen

Fragen zur Seite steht. Dieser Dienst soll **politisch neutral** agieren und Mandatarinnen und Mandataren aller im Nationalrat vertretenen Parteien sowie freien Abgeordneten zur Verfügung stehen. Damit bekommen die **Abgeordneten** die notwendige juristische Unterstützung um selbst **qualitativ hochwertige Gesetzesinitiativen starten zu können** und somit das derzeit vorherrschende Initiativmonopol der Bundesregierung in der Gesetzgebung aufzuweichen.

Weiters soll auch der **Aufgabenbereich der parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** aufgewertet werden. Die Abgeordneten sollen **mehr Ressourcen** bekommen, um eine optimale Ausübung ihrer politischen Aufgaben in den Wahlkreisen zu gewährleisten. So soll jeder und jede Abgeordnete Anspruch auf jeweils eine Mitarbeiterin oder einen **Mitarbeiter im Parlament und im Wahlkreis** haben, um als **Service-Stelle** für die vertretenen Bürgerinnen und Bürger dienen zu können. Gleichzeitig soll der Personalstand der Parlamentsverwaltung reduziert bzw. umgeschichtet werden.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Einführung eines unabhängigen parlamentarischen Legislativdienstes nach deutschem Vorbild
- Mehr Bürgerservice durch mehr Ressourcen für die Arbeit der parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wahlkreis und auf Bundesebene

Abschaffung des Proporz

Der in der schwierigen Zeit am Anfang der Zweiten Republik durchaus sinnvolle Proporz, der einer Partei ab einem bestimmten Stimmenanteil einen Sitz in der Regierung sichert, hat mittlerweile in vielen Bereichen zu einer **Lähmung des politischen Systems** geführt. Der Unterschied zwischen Regierung und Opposition ist oft nicht mehr erkennbar und eine konstruktive Zusammenarbeit aller Regierungsmitglieder kaum mehr möglich. Im Sinne einer größeren Demokratisierung und des **freien Spiels der politischen Kräfte ist eine Abschaffung des Proporz** in allen Bundesländern und größeren Städten notwendig.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Abschaffung des Proporz für alle Landesregierungen und die Stadtregierungen der 15 Städte mit eigenem Statut.

Bundesrat

Seit Jahren wird eine Diskussion über eine **mögliche Abschaffung des Bundesrates** geführt. Anstelle dieses Gremium ersatzlos abzuschaffen, soll es einen **Struktur- und Bedeutungswandel** durchleben. Der Bundesrat soll in Zukunft als sinnvolles Bindeglied zwischen dem Bund und den Bundesländern dienen. Als mögliche Alternative zur bisherigen Zusammensetzung soll auch über eine zeitgemäße Beschickung des Bundesrats diskutiert werden. Neben einer personellen Reform soll auch die **Aufgabe des Bundesrats der heutigen Zeit angepasst** und dieser wieder zu einer echten Länderkammer werden.

Darüber hinaus sollen die Mitglieder des Bundesrates auch ein **Rederecht im Nationalrat**, bzw. ihrem jeweiligen Landtag bekommen. Um ihrer Aufgabe als Teil des Gesetzgebungsprozesses besser zu entsprechen, sollen Gesetzesvorlagen der Bundesregierung zeitgleich an National- und Bundesrat ergehen.

Schließlich sollen die Bundesratsmitglieder auch bei der Landesgesetzgebung in ihrem jeweiligen Bundesland ein Mitspracherecht bekommen.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Reform des Bundesrates durch eine zeitgemäße Beschickung und eine stärkere Einbindung seiner Mitglieder in den demokratischen Prozess

Direktwahl EU-Kommissionspräsident & Ratspräsident

Der Präsident der Europäischen Kommission bekleidet eine Schlüsselfunktion in der Europäischen Union. Als **europäischer "Regierungschef"** besitzt er Richtlinienkompetenz hinsichtlich der Arbeit der Kommission und hat somit auch in dem von der EU-Kommission ausgehenden Gesetzgebungsprozess eine **wichtige Rolle**. Seit dem Vertrag von Lissabon wird der Kommissionspräsident durch das Europäische Parlament gewählt. Um eine allgemeine Legitimation sicherzustellen, soll der **Kommissionspräsident zukünftig von den Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern direkt gewählt werden**. Die im Europäischen Parlament vertretenen Fraktionen sollen jeweils eine Kandidatin oder einen Kandidaten nominieren können, dessen direkte Wahl etwa **am gleichen Tag wie die Wahlen zum Europäischen Parlament** stattfinden könnte.

In weiterer Folge soll auch der Vorsitz des Europäischen Rates, dem Rat der Staats- und Regierungschefs, durch eine Direktwahl demokratisiert werden. Der seit dem Vertrag von Lissabon für eine Funktionsdauer von zweieinhalb Jahren gewählte **Präsident des Europäischen Rates** würde damit von der Unionsbevölkerung legitimiert und somit auch autonomer werden.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten durch die Unionsbürger
- Direktwahl des Präsidenten des Europäischen Rates durch die Unionsbürger

Nutzung von neuen Technologien

E-Government

Die Möglichkeiten des E-Governments sind in Österreich bereits heute speziell auf Bundesebene vergleichsweise gut ausgebaut. Damit der Vorteil des E-Governments auf allen Ebenen optimal genutzt werden kann, soll es nun auch verstärkt in der **Verwaltung auf regionaler Ebene** ausgebaut werden. Einfache Verwaltungsleistungen, wie das Ausstellen von Kopien der Meldebescheinigung, des Staatsbürgerschaftsnachweises und Ähnlichem, sollen in Zukunft an entsprechenden **Druckerterminals in den Amtsgebäuden** möglich sein. Damit ist auch die amtliche Beglaubigungspflicht solcher Unterlagen gewährleistet. Die Identifikation wird mittels digitaler Signatur auf der e-card und eines PIN-Codes sichergestellt. Die Bezahlung der angeforderten Leistung erfolgt direkt per Bankomatkarte.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Ausbau des E-Governments

Open Politics

Das **Internet** hat zu einer **Öffnung der Gesellschaft** für neue Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung geführt und den Zugang zu Daten von öffentlichem Interesse revolutioniert. Während die Tendenz der Öffnung bisher jedoch nur einseitig in Richtung der "gläsernen Bürger" verläuft, wollen wir als Junge ÖVP den Fokus auf einen transparenten, "gläsernen Staat" legen, bei dem es derzeit großen Aufholbedarf gibt.

Generell sollen alle **offiziellen Dokumente, Statistiken etc.** der Bundesregierung, des National- und Bundesrates, der Landesregierungen und Landtage, sowie der Bundes- und Landesverwaltung, die nicht aus klar definierten Gründen, wie z.B. wegen Datenschutz oder der öffentlichen Sicherheit geheimgehalten werden müssen, **für die Öffentlichkeit zugänglich** und einsehbar sein. Die **Vertraulichkeit solcher Schriftstücke soll zukünftig nicht mehr die Regel, sondern die Ausnahme** werden.

Befürworter behaupten, dass durch das Open Data Konzept auch eine demokratischere Gesellschaft möglich sei – so ermöglicht beispielsweise die englische Webseite *TheyWorkForYou.com*, **das Abstimmungsverhalten der britischen Abgeordneten nachzuverfolgen**. Im Zusammenhang mit Daten, die eine Regierung betreffen, wird auch von *Open Government* gesprochen. Im Zuge dessen sollen auch staatliche und europäische Subventionen offengelegt werden.

Ziel muss es sein, diese Daten der Allgemeinheit zukommen zu lassen und auch die technologische und finanzielle Hürde für die Verwendung der Mitbestimmungsmöglichkeiten geringstmöglich anzusetzen.

Um Abstimmungen über das Internet auch auf lokaler Ebene transparent durchführen zu können, soll **Abstimmungssoftware** kostenlos zum Download auf offiziellen Homepages der Landesregierungen verfügbar sein.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Offenlegung des Abstimmungsverhaltens der Abgeordneten auf allen Ebenen
- Offenlegung von staatlichen und europäischen Subventionen
- Freier Zugang zu offiziellen Schriftstücken
- Freier Zugang zu Software zur demokratischen Mitbestimmung

Bürgerbeteiligung über das Internet

Die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf elektronischem Weg darf auch vor der Arbeit des Parlaments nicht Halt machen. So soll etwa die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger online über die Inhalte der aktuellen Fragestunde im Parlament mitentscheiden können. Darüber hinaus sollte gewährleistet werden, dass **Sitzungen auf allen Ebenen (Nationalrat, Bundesrat, Landtage) von der Bevölkerung über das Internet per Livestream verfolgt werden können**. So rückt auch die Arbeit des Nationalrats näher an die tatsächlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger heran.

Eine weitere Möglichkeit der Bürgerbeteiligung besteht in der freiwilligen elektronischen Stimmabgabe über das Internet. Estland war 2005 das erste Land der Welt, das eine **elektronische Stimmabgabe über das Internet** ermöglicht hat. Seither steigt die Akzeptanz dieser Abstimmungsmethode stark an und das Internet hat einen festen Platz im demokratischen Prozess eingenommen.

In Österreich sollen daher eine Unterstützung von Volksbegehren und eine Teilnahme an Volksabstimmungen auch auf elektronischem Weg möglich werden. Darüber hinaus soll auch bei den Wahlen von Selbstverwaltungskörperschaften wie den Kammern, der ÖH, etc. eine elektronische Stimmabgabe auf freiwilliger Basis eingeführt werden. Die elektronische Stimmabgabe, bzw. Unterstützungserklärung soll während einer vorgelagerten Frist getätigt werden können, um bei möglichen elektronischen Problemen eine **Abstimmung auf jeden Fall zu ermöglichen**. Eine elektronisch abgegebene Stimme kann so auch rechtzeitig im Wahlregister verzeichnet werden, um Doppelwahlgänge zu verhindern.

Forderung der Jungen ÖVP:

- Ausbau der Bürgerbeteiligung über das Internet hinsichtlich der parlamentarischen Arbeit und der Tätigkeit der Behörden
- Übertragung der Sitzungen des Nationalrates, Bundesrates und der Landtage per Livestream
- Möglichkeit einer elektronischen Unterstützung von Volksabstimmungen, Volksbegehren und Bürgerinitiativen
- Möglichkeit einer elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen von Selbstverwaltungskörperschaften auf freiwilliger Basis